



Verlauf der Leipziger Frühjahrsmesse 1968 (2. Bericht)

7. März 1968

Einzelinformation Nr. 234/68 über den Verlauf der Leipziger Frühjahrsmesse 1968 (2. Bericht)

Quelle

BStU, MfS, HV A 233, Bl. 91–100 (5. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Fröhlich – MfS: Beater, Schröder/HA XVIII, HV A/VII, Ablage.

Vermerk

Hinter Fröhlich stenografisch: »über Leipziger Arbeitsstab«.

Verweise

Informationen [230/68](#), [235/68](#) und [236/68](#).

1. Zur Tätigkeit der Organe der Industrie und des Außenhandels auf der Leipziger Messe

Eine umfassende Einschätzung der Ergebnisse der Handelstätigkeit ist gegenwärtig noch nicht möglich, da zusammenfassende Zahlen noch nicht vorliegen. Es kann deshalb in diesem Bericht nur auf einige Tendenzen und Erscheinungen hingewiesen werden, die Auswirkungen auf die Erfüllung der politischen und ökonomischen Zielstellung der Leipziger Messe¹ haben.

Obwohl im Allgemeinen die Messe von den Außenhandelsbetrieben und der Industrie gut vorbereitet ist, was sich unter anderem in einer weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit des Außenhandels und der Industrie in einem einheitlichen Auftreten der VVB, Betriebe und Außenhandelsbetriebe (AHB) und in einer zielstrebigeren Export-Import-Koordinierung ausdrückt, gibt es jedoch im Außenhandel eine Reihe ideologischer Probleme, die die konsequente Realisierung der Messezielstellung negativ beeinflussen. So gibt es nach vorliegenden Meldungen im AHB, WMW, Technocommerz, Industrieanlagenexport und den dazugehörigen VVB Zweifel an der Realisierung der Staatsplanaufgaben für den Export in kapitalistische Industrieländer. Es wird eingeschätzt, dass infolgedessen in diesen Außenhandelsbetrieben nicht alle Schritte unternommen werden, um die Realisierung der Staatsplanaufgaben durchzusetzen. Es gibt verschiedene Fälle, wo sich die Generaldirektoren der AHB und VVB darüber einig waren, dass die staatlichen Aufgaben nicht realisiert werden können, obwohl sie ursprünglich von ihnen selbst erarbeitet wurden.

In einigen Außenhandelsbetrieben und VVB (z. B. Polygraph-Export) bestehen in Grundsatzfragen des Absatzes und der Industriepolitik Meinungsverschiedenheiten mit den zuständigen VVB.

Genosse Walter Ulbricht² benutzte seinen Messerundgang, um mit einigen Industriezweigen grundsätzliche Fragen der Entwicklung dieser Zweige im Zusammenhang mit der Durchsetzung der technischen Revolution zu erörtern. In einer Beratung mit einigen Generaldirektoren auf dem Gebiet der Elektrotechnik-Elektronik forderte Genosse Walter Ulbricht eine Orientierung der Forschung auf die Notwendigkeiten der Produktion und die Entwicklung der Auftragsforschung. Genosse Walter Ulbricht forderte ferner den schnellen Einsatz hochproduktiver Kontroll- und Messgeräte des VEB Carl Zeiss in der Industrie sowie die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. In einer Beratung über die Entwicklung der Textilindustrie forderte Genosse Walter Ulbricht in erster Linie die Verbesserung der Leitungstätigkeit und die Festlegung eindeutiger Verantwortlichkeiten. Er kritisierte insbesondere das Zurückbleiben der Sortimente auf dem Gebiet der Möbeldekorationsstoffe und der Herrenbekleidung. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, für die Textilindustrie ein Leitungsmodell zu schaffen, in dem die Verantwortung der Werkleiter eindeutig festgelegt ist.

Schwerwiegende Probleme haben sich auf der Messe beim Export von ORWO-Röntgenfilmen gezeigt. Insbesondere aus südamerikanischen Ländern häufen sich die Reklamationen. Allein in Brasilien fiel aus diesem Grund ein halber Jahresumsatz aus. Vonseiten eines argentinischen Vertreters wurde Klage angedroht, weil eine Reklamation von 1966/67 noch nicht erledigt wurde. Nach Westdeutschland wurde für das Jahr 1968 noch nicht eine einzige Lieferung durchgeführt, obwohl Vertragsabschluss und Bestellung rechtzeitig erfolgten. Es besteht die Gefahr, dass das in Westdeutschland aufgebaute ORWO-Röntgenfilm-Geschäft zerfällt.

Trotz der klaren Orientierung, die es hinsichtlich der Kontakte von Angehörigen der Industrie der DDR und anderer DDR-Institutionen zu westlichen Konzernen gegeben hat, zeigte sich, dass auf der Leipziger Messe erneut Verstöße gegen diese Orientierung festzustellen waren, die offensichtlich auf ideologische Unklarheiten zurückzuführen sind. So war das Standpersonal des Informationsstandes der Deutschen Akademie der Wissenschaften darauf orientiert, Kontakte von DDR-Wissenschaftlern mit Ausländern herzustellen. Das Standpersonal versicherte dabei, dass »nur über wissenschaftlich-technische Probleme mit Ausländern diskutiert werde, nicht über politische und ökonomische«.

Es gab ferner Beispiele dafür (etwa in der Schuhindustrie), dass aufgrund der Tatsache, dass Maschinen aus Westdeutschland bestellt wurden, die westdeutschen Lieferfirmen über Neuentwicklungen der DDR-Industrie unterrichtet waren. Die Regierungskommission Leipziger Messen sah sich veranlasst, die auf der Messe anwesenden Kader nochmals darauf hinzuweisen, dass Schwatzhaftigkeit, Geltungsbedürfnis und falsche ideologische Einstellung bei einigen Vertretern der DDR-Institutionen die Vorhaben der westlichen Konzerne begünstigen, Einblick in die Entwicklungen der DDR-Industrie zu erhalten. Die Regierungskommission forderte die Beseitigung der bisherigen Praxis, ausländische kapitalistische Delegationen in die Produktionsbetriebe der DDR zu führen. Insbesondere sei es notwendig, die betrieblichen und wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen vor Unbefugten streng abzuschirmen.

Dies ist umso notwendiger, da die Vertreter von Konzernen im verstärkten Maße zu der Taktik übergehen, Kontakte zu leitenden Fachkadern der Industrie und deren wissenschaftlich-technische Einrichtungen aufzunehmen. Die kapitalistischen Vertreter gehen offensichtlich davon aus, dass

- das Urteil der kontaktierten Fachkräfte der Industrie entscheidenden Einfluss auf die Festlegung der Bezugsquellen von Importen habe;
- die Beschaffung von Informationen über Einzelpersonen die Konzerne weitaus besser in die Lage versetzt, dem Außenhandel der DDR mit speziellen Kenntnissen zu Detailfragen entgegenzutreten und dessen Konzeption eventuell zu durchbrechen;
- die Kontaktierung von Einzelpersonen die beste Methode ist, um den von den DDR-Organen gesteuerten Bezug westdeutscher Messestär sowie der Tätigkeit der Verhandlungskollektive weitgehend entgegenwirken zu können.

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele. In einer sogenannten Ostblockbesprechung der Farbwerke Hoechst wurde darauf orientiert, dass die Einführung des neuen ökonomischen Systems in den einzelnen sozialistischen Ländern die Möglichkeit gebe, das »wesentlich größere Mitspracherecht des Endabnehmers« zu nutzen. Deshalb soll der Kontakt zu den Bedarfsträgern gepflegt werden, »zumal im Zuge der Wirtschaftsreform die Bedarfsträger in die Lage versetzt wurden, einen Kauf auch gegen die preiswertere Konkurrenz zu erzwingen«. Unbefriedigend sind in einigen Bereichen die Festlegungen über die Genehmigung von Weiterreisen westdeutscher und ausländischer Besucher realisiert worden. Einzelne Generaldirektoren der AHB haben sich dieser Orientierung nur formal entledigt. Im Ministerium für Verkehrswesen waren die Festlegungen nicht bekannt.

2. Zum Handel mit den sozialistischen Ländern

Bereits in den ersten Messetagen bestätigt sich die bereits vor der Messe zu beobachtende Tendenz im Handel mit der Sowjetunion. Es zeigt sich, dass die Exporte in die Sowjetunion von unserem Außenhandel weiter stark forciert werden. In einer Reihe von Industriezweigen werden überplanmäßige Exporte in die Sowjetunion vorgeschlagen, durch die das Aktivsaldo im Handel mit der Sowjetunion noch weiter vergrößert wird. Auf der anderen Seite bleiben die Importe aus der Sowjetunion nach wie vor zurück. Es gibt Hinweise, dass die Marktpolitik der Sowjetunion gegenüber der DDR stimulierend auf ideologische Unklarheiten unter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz der DDR einwirkt. Bestimmte Exportprobleme für die DDR ergeben sich daraus, dass die Sowjetunion mitunter auf die Lieferung veralteter Anlagen (z. B. Verladebrücken) besteht.

In einem Fall wurde von einem sowjetischen Außenhandelsunternehmen die Aufnahme einer Goldklausel in einem kommerziellen Vertrag mit der DDR gefordert, der die Zahlung in transferablen Rubeln vorsieht. Derartige Forderungen sind nicht berechtigt und auf Weisung von Genossen Minister Sölle³ abzulehnen.

Die Ausstellung der Volksrepublik Polen ist in diesem Jahr technisch erheblich weiterentwickelt als im vergangenen Jahr. Eine Reihe von Ausstellungsstücken, darunter acht von dreißig ausgestellten Werkzeugmaschinen, werden auf der Leipziger Messe erstmalig im Ausland gezeigt. Hervorzuheben sind insbesondere Werkzeugmaschinen, Apparate für die chemische Industrie, Gießereimaschinen, Textilmaschinen und elektronische Rechner. Eine Ausnahme stellt lediglich die Textilindustrie dar, die nicht dem Niveau der Leipziger Messe entspricht. Schwierigkeiten im Handel mit Ungarn sind beim Export von Eiskühlwagen zu erwarten. Laut langfristigen Handelsabkommen sollte die DDR in den Jahren 1969 und 1970 je 300 Eiskühlwagen mit einem Wert von je 20 Mio. VM liefern. Der VEB Waggonbau Gotha wurde aufgrund des langfristigen Handelsabkommens auf die Fertigung von Eiskühlwagen umprofilert. Es wurde bekannt, dass Ungarn im Ergebnis des Beitritts der ungarischen Staatsbahnen zum Interfrigoverband von der Verpflichtung der Abnahme zurückzutreten beabsichtigt. Daraus ergeben sich Kapazitätsprobleme für den VEB Waggonbau Gotha.

3. Zu Problemen des Handels mit kapitalistischen Ländern

Es wird eingeschätzt, dass die Zahl der Kunden aus kapitalistischen Ländern und Entwicklungsländern etwa in der gleichen Höhe liegt, wie zur Frühjahrmesse 1967. Die Geschäftstätigkeit wird im Allgemeinen als gut eingeschätzt. Ausnahmen stellen die AHB WMW-Export und Transportmaschinen dar.

An prominenten Kunden ist u. a. der Generaldirektor des größten nahöstlichen Warenhauses »Grands Magasins Byblos«, Beirut, erschienen, der im großen Umfange Textilien, Kosmetika, Spielzeug und andere Artikel einzukaufen beabsichtigt.

Von einer Reihe führender Kaufleute aus kapitalistischen und Entwicklungsländern, darunter auch den Leitern der Delegationen Malis, Guineas und Sambias sowie von Vertretern der Confederation of British Industry wurde gegen die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung Stellung genommen.

Von Vertretern der amerikanischen Firma Control Data wurde in Verhandlungen mit dem AHB Büromaschinen-Export erklärt, dass Control Data aufgrund amerikanischer Embargobestimmungen nicht in der Lage sei, die vom Konzern gelieferte elektronische Datenverarbeitungsanlage durch den optischen Belegleser⁴ zu komplettieren, wie dies vertraglich festgelegt sei. Die amerikanischen Vertreter argumentierten dabei mit Widerständen in den USA aufgrund der Unterstützung Vietnams durch das sozialistische Lager. Büromaschinen-Export hat Control Data darauf hingewiesen, dass sich die DDR unter diesen Umständen nicht in der Lage sehen werde, den Vertrag über den Bezug einer weiteren Datenverarbeitungsanlage für die Deutsche Reichsbahn zu unterzeichnen.

4. Zum Auftreten westdeutscher und Westberliner Messebesucher in Leipzig

Der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel,⁵ Pollak,⁶ hat die in Leipzig anwesenden westdeutschen Journalisten über ihr Auftreten auf der internationalen Pressekonferenz instruiert.

Er empfahl ihnen insbesondere im Interesse der laufenden Verhandlungen auf der Pressekonferenz keine polemischen Fragen zu stellen. Tatsächlich wurde dies auf der diesjährigen Pressekonferenz unterlassen. Man kann ferner feststellen, dass die Berichterstattung der westlichen Journalisten von der Messe im Allgemeinen sachlichen Charakter trägt. Im Vordergrund standen neben den Berichten von der internationalen Pressekonferenz und der Eröffnung vor allem folgende Probleme:

- Spekulationen über die Reise von Möller⁷ und Arndt⁸ nach Leipzig. Dabei spielten insbesondere Spekulationen über die mögliche Entsendung einer »Regierungsdelegation« zur nächsten Leipziger Messe und über angeblich behandelte politische Fragen eine Rolle. Die zentrale Steuerung der Berichterstattung zu dieser Frage geht daraus hervor, dass der Name des Genossen Häber⁹ als zweiten Gesprächspartner des hessischen Wirtschaftsministers Arndt nirgendwo genannt wird. Es ist lediglich die Rede von einem »hohen politischen Funktionär«.
- Insbesondere in den ersten Tagen der Messe nahmen die Berichte über vom Zoll der DDR ausgesprochene Verfügungsverbote über westdeutsche Prospekte breiten Raum ein.
- Berichte über die politische Situation in der DDR und Features fehlen bisher fast völlig.

Inzwischen haben die ersten Gespräche mit westdeutschen Konzernvertretern stattgefunden. So hat sich die Leitung der Badischen Anilin- und Sodafabrik entschlossen, verstärkt Bezüge aus der DDR durchzuführen. Erste Anbahnungen sind bereits in Arbeit. Ähnliche Gespräche wurden auch mit Westberliner Konzernen, so mit den Deutschen Waggon- und Maschinenfabriken geführt, von denen erwartet wird, dass sie ihre Importe aus der DDR als Gegenleistung für ihre Waggonexporte verstärken.

Im ersten Bericht über die Leipziger Frühjahrsmesse wurde auf das Gespräch des hessischen Wirtschaftsministers Arndt mit Genossen Häber hingewiesen. Nunmehr liegen Einzelheiten vor. Arndt erklärte gegenüber Häber erneut, dass er im Auftrage Wehners¹⁰ in Leipzig weile. Er habe von Wehner den Auftrag, der DDR zu übermitteln, dass die SPD-Führung es mit der Anerkennung der DDR ehrlich meine, die SPD aber Gefangener ihrer bisherigen antikommunistischen Haltung sei und deshalb nicht für eine direkte Anerkennung eintreten könne. Aus den Äußerungen Arndts ging hervor, dass die SPD-Führung offensichtlich erwartet, die DDR werde eine Anerkennung in irgendeiner Form honorieren. Er spielt dabei auf die Erleichterung des Reiseverkehrs, die Öffnung der Grenzen und andere Fragen an. Abschließend brachte Arndt seine Enttäuschung zum Ausdruck, dass sich die Haltung der DDR offensichtlich verhärtet habe.

5. Übersicht über die in Leipzig anwesenden Messebesucher

[Herkunft der Besucher]	LFM 1968	LFM 1967
Sozialistische Staaten	12 077	10 758
Kapitalistische Staaten	6 676	7 206
Westberlin	2 819	4 663
Westdeutschland	17 034	17 181
Arbeiterkonferenz ¹¹	1 385	1 543
Gesamt	39 991	41 351

Der Rückgang der Messebesucher aus Westberlin ist durch die bekannten Maßnahmen zur Einschränkung des Messebesuchs Westberliner Bürger zu erklären.

Der Rückgang der Zahl der Messebesucher aus dem kapitalistischen Ausland ist sicher teilweise durch die Termingleichheit mit der Frankfurter Messe zustande gekommen. Es gibt Hinweise, dass sich in einzelnen Außenhandelsunternehmen, besonders der Leichtindustrie, in Anbetracht der Frankfurter Frühjahrsmesse weniger Kunden angemeldet haben.

1

Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 3. bis 12.3.1968 statt.

2

Walter Ulbricht, Jg. 1893, 1950–71 General- bzw. Erster Sekretär des ZK der SED, 1960–73 Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

3

Horst Sölle, Jg. 1924, SED-Funktionär, 1965–86 Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel.

4

»optischen Belegleser« im Ablageexemplar unterstrichen und am Rande mit einem Fragezeichen hervorgehoben.

5

Im Berliner Abkommen vom 20.9.1951 wurden die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR geregelt als Beziehungen zwischen den Währungsgebieten West und Ost. Der Handel wurde auf der Basis von Verrechnungseinheiten (1 DM-West = 1 DM-Ost = 1 VE) und Warensorten berechnet und über zentrale Verrechnungskonten bei den Zentralbanken abgewickelt. Aufsichtsgremien waren für die Bundesrepublik die Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Westberlin, für die DDR das Ministerium für Außen- und innerdeutschen Handel in Ostberlin.

6

Alfred Pollak, Jg. 1913, Verwaltungsbeamter, 1.11.1964–68 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, die mit den Vollmachten von Bundesregierung und Berliner Senat (als »Währungsgebiet DM-West«) die handelspolitischen Verhandlungen mit der DDR (als »Währungsgebiet DM-Ost«) führte.

7

Alex Möller, Jg. 1903, SPD-Politiker, 1961–76 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1969–71 Bundesfinanzminister.

8

Rudi Arndt, Jg. 1927, SPD-Politiker, 1956–72 Mitglied des Hessischen Landtages, 1962–75 stellv. Bezirksvorsitzender der SPD Hessen-Süd, 1964–70 Wirtschaftsminister in Hessen.

9

Herbert Häber, Jg. 1930, SED-Funktionär, 1965–71 stellv. Staatssekretär für gesamtdeutsche (ab 1967 für westdeutsche) Fragen.

10

Herbert Wehner, Jg. 1906, Politiker, KPD (1927–42), SPD (ab 1946), 1964–66 stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1966–69 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

11

Zwischen 1954 und 1971 veranstaltete der FDGB insgesamt 32 »Deutsche Arbeiterkonferenzen«, zumeist während der Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen. Die XIX. Konferenz fand am 7.3.1964 in Leipzig statt. Vgl. Bericht von der XIX. Deutschen Arbeiterkonferenz, 7. März 1964 in Leipzig, Berlin 1964.